Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

3. Sitzung (31.01.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

Die Beratung wird eröffnet. Es erhalten das Wort die Abgg.: Geck, Dr. Schofer, Dr. Glockner, Weißmann, Dr. Dietz, Geck, Dr. Schofer, Beyerle, Weißmann, Beyerle, Geiler, Heurich, Remmele, Siebert und Geiler sowie Abg. König zur Gesch.Ord.

Die Beratung wird geschlossen. Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort die Abgg. Weißmann und Heurich. Das Schlußwort wird nicht begehrt. Der Kommissionsantrag wird bei der nun folgenden Abstimmung einstimmig angenommen.

Ziffer 4b: Prüfung der Wahl im vierten Wahlkreis: Landeskommissariat Mannheim.

Abg. Seubert erstattet mündlichen Bericht und stellt namens der Wahlprüfungskommission den Antrag:

die Nationalversammlung wolle die im Wahlbezirk 4, 5, 17, 28 und im 2. Militärbezirk Heidelberg für ungültig erklärten Stimmzettel der Deutschnationalen Volkspartei für gültig und demgemäß an Stelle des Schlossermeisters Bernhard Reinhard aus Mosbach den Kaufmann Lothar Mager aus Heidelberg für gewählt erklären.

In der Beratung ergreift niemand das Wort. Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Kommissionsantrags.

Der Präsident gibt noch bekannt, daß er die frühere Hofloge (1) und die Loge 2 nebenan der Regierung für ihre Beamten und für Vertreter auswärtiger Regierungen überlassen, die sog. Diplomatenloge (3) und die nebenan gelegene Loge 4 dagegen sich zur Verfügung zugunsten der Mitglieder des Hauses vorbehalten habe.

Die nächste Sitzung wird hierauf festgesetzt auf morgen

Freitag den 31. Januar 1919
vormittags 9 Uhr

mit der Tagesordnung:

(s. Eingang des Protokolls der nächsten Sitzung.)

Schluß der Sitzung ½1 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: v. Gleichenstein. Weber.

---

3. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 31. Januar 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Präsident Geiß, Minister des Innern Dr. Haas, Minister für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen Martzloff, Justizminister Marum, Verkehrsminister Rückert, Minister des Kultus und Unterrichts Stockinger, Minister für Ernährungswesen Trunk und Finanzminister Dr. Wirth; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Dietrich, Duffner, Engelhardt, Großhans, Helffrich, Horter, Rigel, Saenger, Spang, Venedey und Ziegelmaier-Oberkirch.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

a. **Bekanntgabe der Konstituierung der Kommissionen für Haushalt, Petitionen sowie Justiz und Verwaltung.**

b. **Besprechung von Vorstellungen und zwar:**

1. **Entschließung einer Versammlung in Karlsruhe als Protest gegen das Verhalten unserer Gegner in der Waffenstillstandsfrage,**
2. **Bitte der Bezirksgruppe Pforzheim des Reichsbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen um die nötigen Schritte zur möglichst baldigen Befreiung dieser Gefangenen,**
3. *) **Entschließung einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei in Heidelberg als Protest gegen die Behandlung des deutschen Volkes und der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen durch unsere Gegner.**

*) Dieser Punkt steht nicht auf der ausgegebenen Tagesordnung (s. Text des Protokolls).

Die Sitzung wird eröffnet nach ¼10 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Zunächst erhält Kultus- und Unterrichtsminister Stockinger das Wort zu einer Entgegnung auf die in der vorigen Sitzung anläßlich der Prüfung der Wahl im II. Wahlkreis gegen ihn gerichteten Angriffe, welche im Zusammenhang stehen mit zwei Artikeln in einer hiesigen Tageszeitung über Ausführungen des Redners in einer am 18. Januar 1919 in Ettlingen stattgehabten Versammlung.

Abg. Dr. Dietz stellt zur Geschäftsordnung den Antrag, in eine Besprechung über den Gegenstand einzutreten. Dazu nehmen außer dem Präsidenten, der auf das Ungewöhnliche eines solchen Antrags hinweist, die Abgg. König, Dr. Schofer und Mayer-Karlsruhe das Wort. In der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und damit der Gegenstand verlassen.

Hierauf werden folgende Eingänge bekanntgegeben:

a. Urlaubsgesuch des Abg. Habermehl.
Der Urlaub wird bewilligt.

b. Kurze Anfragen:
1. der Abgg. Dr. Kraus u. Gen., die wirtschaftliche Gesellschaftsordnung betr.;
2. der Abgg. Richter u. Massa, den staatlichen Zustand des Lahrer Gymnasiums betr.
Dieselben gehen zunächst an die Regierung.

c. Interpellationen:
1. der Abgg. Rausch (Maier) u. Gen., das Verkehrswesen (Kraftwagenverkehr) betr. (Nr. 3a);
2. der Abgg. Roth (Maier) u. Gen., die Industrie und die Arbeiterfrage (Instandsetzung von Waffen und Heeresgut betr. (Nr. 6a);
3. der Abgg. Hahn (Maier) u. Gen., die Notlage in Handwerk und Industrie (Abgabe von Heeresgut) betr. (Nr. 7a);
4. der Abgg. Müller-Schopfheim u. Gen., die Notlage in der Landwirtschaft (Futternot) betr. (Nr. 8a);
5. der Abgg. Roth (Maier) u. Gen., die Notlage in der Landwirtschaft (Kultur- und Siedelungsland) betr. (Nr. 8b);
6. der Abgg. Müller-Schopfheim u. Gen., die Lebensmittelfürsorge (Konsumgenossenschaften) betr. (Nr. 9);
7. der Abgg. Roesch (Maier) u. Gen., die Wohnungsfrage betr. (Nr. 10);
8. der Abgg. Hahn (Maier) u. Gen., die Gemeindeverwaltung (Gemeinderäte aus dem Arbeiterstande) betr. (Nr. 11).

Die Interpellationen gelangen unter den beigefügten Nummern zum Druck und gehen zunächst an die Regierung.

Im Anschluß an die Bekanntgabe macht Präsident Kopf im Benehmen mit dem Ausschuß der Vertrauensmänner darauf aufmerksam, daß die Verfassunggebende Nationalversammlung, die in erster Linie die Aufgabe habe, eine Verfassung zu schaffen, mit Anträgen, die damit nicht zusammenhängen, nicht belastet und mit Kurzen Anfragen und Interpellationen nur insoweit befaßt werden sollte, als es sich um die Beseitigung dringender Notstände handelt.

d. Anzeige der Sozialdemokratischen Partei, daß sie zu Stellvertretern ihrer Mitglieder in
der Verfassungskommission: die Abgg. Spieß, Geiler und Jost,
der Budgetkommission: die Abgg. Dr. Königsberger, Kräuter und Weißmann,
der Kommission für Justiz und Verwaltung: die Abgg. Maier, Müller-Schopfheim und Dr. Dietz,
der Petitionskommission: die Abgg. Blase, Hahn und Hamann
bestimmt habe.

e. Schreiben des Abg. Dr. Leser betr. eine Entschließung einer von der Deutschen demokratischen Partei in Heidelberg einberufenen Versammlung als Protest gegen die Behandlung des deutschen Volkes und der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen durch unsere Gegner.
Dieser Gegenstand wird mit Zustimmung des Hauses alsbald auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung behufs Besprechung mit den unter Buchst. b derselben vorgesehenen Vorstellungen, die sich in gleicher Richtung bewegen, gesetzt.

f. Schreiben des Stadtrats Karlsruhe mit Freikarten zum Besuch des Stadtgartens.
Die Gabe wird verdankt; die Karten gelangen zur Verteilung.
(Weiteren Eingang s. am Schlusse des Protokolls.)

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten.

Zu Punkt a: Bekanntgabe der Konstituierung der Kommissionen

zeigt die Kommission für Haushalt (Budgetkommission) an, daß sie sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Abg. Goehring, zum stellv. Vorsitzenden den Abg. Wittemann und zum Schriftführer den Abg. Roesch gewählt hat.

Die Bekanntgabe der Konstituierung der Kommission für Justiz und Verwaltung sowie der Petitionskommission wird zurückgestellt.

Zu Buchstabe b: Besprechung der drei Vorstellungen über das Verhalten unserer Gegner in der Waffenstillstandsfrage und gegen die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen

wird zunächst ein Antrag der Abgg. Dr. Schofer, Maier-Heidelberg, Dr. Gothein und Mayer-Karlsruhe folgenden Inhalts bekanntgegeben:

„Die Unterzeichneten beantragen, die Nationalversammlung wolle folgende Entschließung annehmen:

Im Vertrauen auf die allgemeine Anerkennung der vom Präsidenten Wilson aufgestellten Grundsätze und auf das Zustandekommen eines Völkerbundes hat das deutsche Volk die Waffen niedergelegt und unsäglich harte Waffenstillstandsbedingungen angenommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Namen der Gerechtigkeit legt die Badische Nationalversammlung Verwahrung dagegen ein, daß dem deutschen Volke bei jeder Verlängerung des Waffenstillstandes noch härtere Bedingungen auferlegt wurden, die das deutsche Verkehrswesen lahmlegen und den größten Teil des Reiches von jeder linksrheinischen Kohlenzufuhr abschneiden und die auf dem deutschen Volke lastende Hungerblockade verschärfen, weiterhin dagegen, daß unsere Feinde bei Abnahme der abzuliefernden Lokomotiven, Wagen und Kraftfahrzeuge in schikanöser Weise verfahren sind.

Sie protestiert dagegen, daß unter Mißachtung der Waffenstillstandsbedingungen viele schuldlose deutsche Familien und Einzelpersonen unter Wegnahme ihres Eigentums in einer jeder Menschlichkeit hohnsprechenden Weise aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen und Teile unseres Landes von feindlichen Truppen besetzt wurden.

Sie ersucht die Reichsregierung, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß alsbald mit der Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten begonnen und allermindestens der möglichst rasche Rücktransport der über 18 Monate in Gefangenschaft befindlichen Kriegsteilnehmer und sämtlicher Zivilgefangener, der schon Mitte August 1918 hätte beendigt sein sollen, herbeigeführt wird."

In der nunmehr eröffneten Beratung ergreifen das Wort die Abgg. Dr. Schofer, Maier-Heidelberg, Dr. Gothein und Mayer-Karlsruhe, zugleich zur Begründung ihres Antrags, sowie Präsident der vorläufigen Volksregierung Geiß.

Die Beratung wird geschlossen.

Die hierauf erfolgende Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Antrags der Abgg. Dr. Schofer u. Gen.

Schließlich wird noch als weiterer Eingang eine Kurze Anfrage der Abgg. Massa u. Gen., die Verwertung der Wasserkräfte betr., bekanntgegeben und der Präsident nach seinem Vorschlag ermächtigt, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu gegebener Zeit zu bestimmen.

Schluß der Sitzung um 11 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: Weber. Karl.

---

4. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 4. März 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Präsident Geiß, Minister des Innern Dr. Haas, Minister für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen Martloff, Justizminister Marum, Verkehrsminister Rückert, Minister des Kultus und Unterrichts Stockinger, Finanzminister Dr. Wirth, Ministerialdirektor Geheimerat Schellenberg, Geh. Oberfinanzrat Moser und Ministerialrat Dr. Steinbrenner; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Dietrich, Duffner, Großhans, Rausch, Saenger, Trunk und Venedey.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

Behandlung Kurzer Anfragen und zwar:

a. **Verlesung der schriftlichen Antwort des Ministers des Kultus und Unterrichts auf die Anfrage der Abgg. Richter und Massa, das Gymnasiumsgebäude in Lahr betr.;**

b. **Stellung und Beantwortung der Anfrage der Abgg. Niederbühl u. Gen., die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer betr., und eventl. weiterer Anfragen.**

Sodann

*) I. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Roesch u. Gen., die Wohnungsfrage betr. (Druckf. Nr. 10).

II. **Mündliche Berichte der Haushaltskommission und Beratung über**

1. **den Gesetzentwurf, die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten der Verfassunggebenden badischen Nationalversammlung betr.** (Druckf. Nr. 13) (Antrag s. Druckf. Nr. 13 a), Berichterstatter Abg. Odenwald;

*) Ziff. I. der Tagesordnung kam nicht zur Verhandlung.